

Liebe Leserinnen und Leser,

nach zwei Treffen der EU-Finanzminister ist der Verhandlungsprozess um die Finanztransaktionssteuer wieder ein Stück weiter. Nachdem sich die britische Regierung sowohl gegen den Vorschlag der EU-Kommission als auch gegen den abgeschwächten deutschen Vorschlag einer EU-weit angewendeten Steuer auf Aktiengeschäfte ausgesprochen haben, dürfte nun auch offiziell Kurs auf eine teileuropäische Koalition der Willigen genommen werden. Für eine Einführung im Rahmen einer formellen verstärkten Zusammenarbeit sind mindestens neun EU-Staaten notwendig. Das scheint machbar. Nachdem sich die ökonomischen Schwergewichte Deutschland und Frankreich bereits dazu bereit erklärt haben, kommt es nun jedoch besonders auf Spanien und Italien an. Neben der Größe der Staatenkoalition ist dabei besonders relevant, inwieweit die Steuer dabei Federn lassen wird (z.B. als Steuer auf den Handel mit inländischen Aktien wie das französische oder britische Modell) oder ob wie beim Kommissionsvorschlag alle Transaktionen mit Aktien, Anleihen und Derivaten (wünschenswerterweise auch noch Devisen) einbezogen werden sollen.

Die Bundesregierung hatte als Kompromiss eine abgespeckte Finanztransaktionssteuer nach Muster der britischen Stempelsteuer, die aber auch Derivate umfassen soll, ins Spiel gebracht. Weil beide Ansätze aber nicht so direkt kompatibel sind, lässt dies viele Fragen offen. Was sie genau will, ist der Bundesregierung wahrscheinlich selbst unklar. Die Kampagne hält am Ziel einer möglichst umfassenden Steuer fest und wird auch die Einnahmenverwendung im Blick behalten.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Beratungen im Ecofin
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

31. März: Die [SPD-Troika](#) hält an der Finanztransaktionssteuer fest - rückt aber von ihrem Junktim mit dem Fiskalpakt ab.

30. März: Finanzminister [Schäuble](#) will beim informellen Treffen der EU-Finanzminister nach Kompromissen suchen.

26. März: Finanzminister [Schäuble](#) hält die Finanztransaktionssteuer auch in der Eurozone für nicht durchsetzbar. Im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit könne eine abgespeckte Finanztransaktionssteuer durchgesetzt werden.

23. März: Finanzminister [Schäuble](#) will sich laut SWR für eine möglichst gleichwertige Alternative zur Finanztransaktionssteuer einsetzen: eine erweiterte Börsenumsatzsteuer auf möglichst breiter Ebene.

20. März: "Das [Finanzministerium](#) arbeite an Plänen für eine abgespeckte Finanztransaktionssteuer", wird aus der Unionsfraktion kolportiert.

15. März: Entwicklungsminister [Dirk Niebel](#) will Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer auch für Entwicklungszwecke verwenden.

15. März: [SPD-Fraktionsvorsitzender Steinmeier](#) sieht die Finanztransaktionssteuer nicht zwingend als Voraussetzung für die Zustimmung zum Fiskalpakt an.

15. März: Die [FDP](#) sieht eine Kopie der britischen Stempelsteuer als einzig gangbaren Weg - gegebenenfalls um bestimmte Derivate erweitert.

14. März: Die [Bundesregierung](#) will die Beratungen über die Finanztransaktionssteuer zügig fortsetzen. Wenn sich keine Einstimmigkeit abzeichnen sollte, müssten Alternativen ausgelotet werden.

13. März: Italiens Ministerpräsident [Mario Monti und Bundeskanzlerin Merkel](#) werben weiter für eine Finanztransaktionssteuer.

13. März: [Finanzminister Schäuble](#) kann sich eine Finanztransaktionssteuer nur mit einem Teil der Eurozone nicht vorstellen: Das würde "ein Flickenteppich".

13. März: Grünen-Finanzpolitiker [Gerhard Schick](#) bringt während der Debatte um das rot-grüne Junktim von Fiskalpakt und Finanztransaktionssteuer auch wieder die Einnahmenverwendung für Entwicklung und Klimaschutz ins Spiel.

12. März: Der [Deutsche Sparkassen- und Giroverband \(DSGV\)](#) hält eine Kopie der britischen Stempelsteuer für "nicht sachgerecht".

12. März: Der [saarländische FDP-Vorsitzende Luksic](#) hält eine Finanztransaktionssteuer für denkbar, wenn man im Gegenzug "die Bürger bei den Benzinpreisen entlastet".

11. März: [Unionsfraktionschef Volker Kauder](#) hält eine um Derivate erweiterte Stempelsteuer als Kompromiss für möglich.

8. März: [Hessische Attac-Aktivisten](#) räumen in einer Aktion vor dem hessischen Landtag den "Bremsklotz Bouffier" aus dem Weg.

8. März: Die [Koalition](#) weist das rot-grüne Junktim von Fiskalpakt und Finanztransaktionssteuer als Kuhhandel zurück.

6. März: FDP-Parteichef [Philipp Rösler](#) fordert in einem neuen Acht-Punkte-Papier eine Kopie der britischen Stempelsteuer anstelle einer Finanztransaktionssteuer.

5. März: FDP-Fraktionsvorsitzender [Rainer Brüderle](#) weist das Junktim der SPD zu Fiskalpakt und Finanztransaktionssteuer zurück: Die Finanztransaktionssteuer sei eine Pseudolösung.

5. März: SPD-Parteichef [Sigmar Gabriel](#) fordert für die Zustimmung zum Fiskalpakt die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um damit das Wachstum in Europa zu fördern.

3. März: Die Haushaltspolitikerin [Priska Hinz](#) der Grünen fordert zusätzlich zum Fiskalpakt "einen Altschulden-Tilgungsfonds oder eine Finanztransaktionssteuer, aus deren Einnahmen man ein europäisches Wachstumsprogramm finanzieren könnte".

2. März: Der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion [Peter Altmaier](#) erklärt zur

Finanztransaktionssteuer: "Wir werden alles tun, damit sie noch in diesem Jahr eingeführt werden kann".

Entwicklungen im Ausland:

31. März: Finanzminister [Schäuble](#) kann die Briten mit seinem Kompromissangebot für eine abgespeckte Finanztransaktionssteuer nicht überzeugen.

30. März: Die Ökonomin [Grazia Pacillo](#) hat 400 Studien zu Finanztransaktionssteuern ausgewertet - und plädiert für die Steuer.

30. März: Ein [Report](#) des britischen [Oberhauses](#) wendet sich gegen die Finanztransaktionssteuer. Großbritannien solle sich selbst dann einmischen, wenn andere Staaten nur eine Stempelsteuer einführen wollten.

29. März: Eurogruppenchef [Jean-Claude Juncker](#) will wegen des mangelnden Rückhalts Alternativen zur Finanztransaktionssteuer diskutieren.

27. März: Der britische Premier [David Cameron](#) arrangierte vertrauliche Gespräche mit Großspendern - und informierte Banker exklusiv über sein Veto gegen die Finanztransaktionssteuer.

27. März: [Österreich](#) hält an den Plänen zur Finanztransaktionssteuer fest.

23. März: EU-Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) sieht in der britischen Stempelsteuer keine Alternative zur Finanztransaktionssteuer.

21. März: Der niederländische Finanzminister [Jan Kees de Jager](#) fordert eine Alternative zur Finanztransaktionssteuer.

22. März: Der Präsident des Europäischen Parlaments [Martin Schulz](#) und Kommissionspräsident [José Barroso](#) sind gegen eine Kürzung des EU-Haushalts und plädieren für EU-Eigenmittel aus einer Finanztransaktionssteuer.

22. März: EU-Haushaltskommissar [Janusz Lewandowski](#) stellt eine Halbierung der bisherigen Beiträge zum EU-Budget in Aussicht - wenn zwei Drittel der Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer als EU-Eigenmittel vereinnahmt würden.

17. März: Der französische sozialistische Präsidentschaftskandidat [Francois Hollande](#) will statt des Fiskalpakts einen Haushaltsvertrag aushandeln, dessen Bestandteil eine Finanztransaktionssteuer und Euroanleihen wären.

13. März: Die [EU-Finanzminister](#) beraten beim Ecofin über die Finanztransaktionssteuer - und zeigen sich gespalten.

Ergebnisse im Ecofin / in der EU

Europäischer Rat am 1./2. März:

Bereits am 1./2. März tagte der Europäische Rat. Die Finanztransaktionssteuer stand nicht zur Beratung oder Entscheidung an, im [Abschlusskommuniqué](#) hieß es lediglich:

"Die Arbeiten und Beratungen zu den Kommissionsvorschlägen zur Energiebesteuerung, zur gemeinsamen konsolidierten Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer, zur Finanztransaktionssteuer und zur Überarbeitung der Zinsertragsrichtlinie sollten fortgesetzt werden."

Ecofin am 13. März:

Die EU-Finanzminister berieten am 13. März über den Kommissionsvorschlag zur Finanztransaktionssteuer. Einige Staaten (Deutschland, Frankreich, Österreich, Finnland) unterstützten den Kommissionsentwurf, während Großbritannien, Schweden und Tschechien erneut ihre ablehnende Haltung bekräftigten. Die notwendige Einstimmigkeit in der EU war offensichtlich nicht gegeben. Der Dissens war bereits vorher bekannt - die niederschmetternde Bewertung des Gipfelergebnis durch die Medien ist daher nicht nachvollziehbar. Allerdings gibt es bei einigen EU-Staaten noch ein großes Unbehagen mit einer teileuropäischen Finanztransaktionssteuer ohne die Briten. Die für eine verstärkte Zusammenarbeit notwendige Koalition von mindestens neun Staaten steht noch nicht.

Der Ecofin lieferte nun das politische Signal, nicht länger mehr nach einer Einführung in allen 27 Staaten der EU zu streben. Eine Einführung in der Eurozone scheint schwieriger als erhofft. Bremser sind dabei vor allem die Niederlande und Irland, aber auch Luxemburg, Zypern und Malta bremsen. Eine entscheidende Rolle kommt nun den großen Volkswirtschaften Italien und Spanien zu.

Finanzminister Schäuble geht nach dem Gipfel nicht mehr davon aus, dass sich die Eurozone gesammelt hinter eine Eurozonen-Einführung stellen wird. Er kündigte daher an, beim informellen Ministertreffen Ende März in Kopenhagen Alternativen auszuloten, etwa eine EU-weite Einführung der britischen Stempelsteuer. Die Sondierungen haben bereits begonnen und werden in einer eigenen Arbeitsgruppe fortgesetzt werden. Die dänische Ratspräsidentschaft hatte zuvor zwei weitere Termine, also insgesamt fünf, für die mit der Steuer befassten Ratsarbeitsgruppe angesetzt.

WEED hat die Aussichten nach der EU-Finanzministertagung analysiert:

http://www2.weed-online.org/uploads/weg_freie_fuer_fts_im_euro_raum_final.pdf

Informeller Ecofin am 30. März/1. April:

Auf Initiative der Bundesregierung berieten die EU-Finanzminister Ende März erneut über die Finanztransaktionssteuer. Die Bundesregierung hatte ein Kompromisspapier vorgelegt: Darin strebt sie weiter eine EU-weite allgemeine Finanztransaktionssteuer an, hält diese aber wegen offener technischen Fragen und den unterschiedlichen Regierungspositionen kurzfristig nicht für machbar. Aus diesem Grund solle in einem ersten Schritt eine EU-weite abgespeckte Finanztransaktionssteuer nach Vorbild der britischen Stempelsteuer oder der kürzlich verabschiedeten französischen Steuer eingeführt werden. Diese Steuer wäre im wesentlichen auf Aktiengeschäfte begrenzt - weitere Transaktionen, insbesondere mit Derivaten, sollten aber nachfolgend aufgenommen werden.

Machbar scheint auch dieser Vorschlag nicht. Die skeptischen Schweden würden sich zwar unter Umständen auf diesen Vorschlag einlassen. Die Briten sind aber auch für diese deutlich abgeschwächte Initiative nicht zu haben: sie lehnen jedwede Form von EU-Steuer ab. Damit ist die EU-weite Anwendung wohl endgültig gescheitert. Die Finanztransaktionssteuer kann nun im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit eingeführt werden - ohne weiter Rücksicht auf die widerspenstigen Briten nehmen zu müssen. Für eine verstärkte Zusammenarbeit muss der Europäische Rat allerdings noch eine offizielle Ermächtigung erteilen. Dennoch können die Beratungen informell schon beginnen.

Neue Studien und Stellungnahmen

Avinash Persaud (Intelligence Capital): The Economic Consequences of the EU Proposal for a Financial Transaction Tax

Die Studie ist aus der Perspektive eines früheren Bankers von JP Morgan geschrieben. Dies hebt sie von anderen Studien ab. Avinash Persaud geht es nach eigenen Angaben nicht darum, "Banker zu schelten, sondern der unverhältnismäßigen, inkonsistenten und unredlichen Kritik von Seiten der Bankenvertreter zu entgegen". Die Studie räumt mit einigen Vorurteilen und Halbwahrheiten auf, etwa indem sie die Steuerlastung in Relation zu verschwiegenen sonstigen Transaktionskosten setzt, verschiedene Maßnahmen zur Durchsetzung der Steuer diskutiert und die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen betrachtet.

Zur Studie:

<http://robinhoodtax.org/latest/new-report-shows-robin-hood-tax-would-be-good-britain>

FTT Campaign: Myth-Busting, March 2012

Ein aktuelles Dokument unserer internationalen Kampagne räumt mit gängigen Mythen auf, welche häufig gegen die Finanztransaktionssteuer ins Feld geführt werden.

Mythos 1: Die Steuer könne nur global eingeführt werden

Mythos 2: Die Steuer könne leicht umgangen werden.

Mythos 3: Die Steuerlast würde auf die Bürger abgewälzt.

Mythos 4: Die Altersvorsorge würde die Kosten tragen.

Mythos 5: Die Steuer würde das Wachstum verringern, Arbeitslosigkeit erhöhen und der Wirtschaft schaden.

Mythos 6: Die Steuer würde zu Stellenstreichungen führen.

Mythos 7: Die Steuer klingt nach einer netten Idee, die niemand ernst nimmt.

Mythos 8: Die Steuer würde die Liquidität verringern, Kapitalkosten erhöhen und der Wirtschaft insgesamt schaden.

Mythos 9: Die gescheiterte schwedische Steuer beweist, dass die Steuer nicht machbar ist.

Mythos 10: Die Steuer ist eine Erfindung aus Brüssel, um die Kassen der EU zu stopfen.

Mythos 11: Wenn die Steuer eingeführt würde, gäbe es dennoch keine Einnahmen zur Armutsbekämpfung oder zum Umweltschutz.

Mythos 12: Eine Steuer auf den Mehrwert von Finanzdienstleistungen (Finanzaktivitätsteuer) wäre besser als eine Finanztransaktionssteuer.

Das Dokument enthält auch eine schöne Weltkarte zu Ländern, welche bereits bestimmte Finanztransaktionen besteuern oder besteuert haben.

<http://robinhoodtax.org/sites/default/files/Financial%20Transaction%20Tax%20-%20Myth%20Busting.pdf>

Kampagnenaktivitäten

Bremsklotz Bouffier aus dem Weg geräumt: Attac-Aktion vor dem hessischen Landtag

Hessische Attac-Gruppen haben der Landeshauptstadt Wiesbaden einen Besuch abgestattet, um Finanztransaktionssteuer-Blockierer Volker Bouffier einen Denkanstoß zu geben. Dabei bewegten die

Attac-Aktiven Ministerpräsident Bouffier symbolisch als Bremsklotz von der Stelle. Auf ihren Schildern meldete sich auch der hessische Löwe stellvertretend für die Hessinnen und Hessen mit einem Ja zur Finanztransaktionssteuer zu Wort.

Fotos der Aktion:

<http://www.attac.de/aktuell/finanztransaktionssteuer/aktionen/hessen-sagt-ja/?L=2>

Robin Hood erinnert SPD-Vorstand an "Steuer gegen Armut"

Der SPD-Vorstand beriet am 12. März darüber, die Zustimmung zum Fiskalpakt an die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu koppeln. Bei diesem Einsatz für die Steuer drohte jedoch unsere zweite Kampagnenforderung aus dem Fokus zu geraten - nämlich die Einnahmen im Sinne von weltweiter Armutsbekämpfung und Umwelt- und Klimaschutz zu verwenden. Aus diesem Anlass erinnerte Oxfam den SPD-Vorstand an die gemeinsamen Ziele der Kampagne.

Foto der Aktion:

<http://www.oxfam.de/multimedia/robin-hood-erinnert-spd-vorstand-steuer-gegen-armut>

Pressemitteilungen

1. April: Finanztransaktionssteuer jetzt endlich einführen! Verstärkte Zusammenarbeit ist geeigneter Rechtsrahmen dafür

Nach dem informellen Ecofin ist klar: Die Briten werden einer europäisierten Stempelsteuer auch nicht zustimmen. Deswegen ist nun der Weg der verstärkten Zusammenarbeit geboten.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

30. März: Informelles Treffen der EU-Finanzminister in Kopenhagen Schäuble bringt neue Dynamik in Diskussion um Finanztransaktionssteuer

Die Kampagne deutet Schäubles Diskussionsangebot beim informellen Ecofin als Chance, die Finanztransaktionssteuer im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit in einer Koalition von Staaten einzuführen.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

13. März: Finanztransaktionssteuer in Europa: Nicht auf London warten! Koalition der Willigen in der EU muss vorangehen

Die Kampagne äußert sich zu den Beratungen beim Ecofin: Die Blockade einiger Staaten darf die Steuer nicht aufhalten.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

7. März: Röslers Vorschlag für Stempelsteuer ist Wahlkampfmanöver

Die Kampagne kommentiert den Vorschlag von FDP-Parteichef Rösler zugunsten einer Kopie der britischen Stempelsteuer anstelle einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer: Die Vorschlag ist von der Breite der Steuer und der Lenkungswirkung unzureichend, die Volte vor allem ein Wahlkampfmanöver.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](https://www.facebook.com/)